

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

42. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 6. Dezember 1904.

№ 140.

Ein Ausblick in das Jahr 1906.

Die Leidenschaft, mit welcher die Drucker Deutschlands ihre Anträge zur Sitzung des Tarif-Ausschusses im April d. J. gestellt und beraten haben, zeigen, daß ein reger, vorwärtstrebender Geist unter den Kollegen vorhanden ist. Wenn auch der Zwischenfall Leipzig-Berlin ein unerquicklicher war, der durch gegenseitige Verständigung mit etwas gutem Willen hätte vermieden werden können, so war mir doch dieser ernsthafte Streit um die Verbesserung unsrer Lage bedeutend lieber als ein teilnahmsloses Hingehenlassen der Dinge. Uebrigens hat uns die Differenz in unseren Forderungen keinen Schaden zugefügt. Denn so oder so — einig oder uneinig —, in jedem Falle wanderten unsere Anträge unter den grünen Tisch. Die Bemerkung seitens einiger Mitglieder des Tarif-Ausschusses, daß die Maschinenmeister in ihrer Uneinigkeit selbst das Unklare ihrer Forderungen zeigen, konnte meines Erachtens unausgesprochen bleiben, da man trotz alledem auf die nächstliegenden Anträge — also die der Zentralkommission resp. des Berliner Vereins — hätte eingehen können. War denn übrigens in allen Punkten unserer Forderungen eine geteilte Meinung vorhanden? Die verlangte Reduzierung der Lehrlingskafala z. B. zeigte doch das Gegenteil. Hier herrschte Einmütigkeit. Das Tarif-Amt schrieb in seiner Statistik vom Jahre 1903 — Beilage zum „Corr.“ Nr. 20 des laufenden Jahres — mit klaren Worten in der Rubrik Lehrlingszahl:

„... Nur die Zahl der Druckerlehrlinge ist in stetem Wachsen begriffen und es wird niemand bestreiten wollen, daß die bisherige Druckerlehrlingskafala den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr entspricht.“

Es fehlte eben von vornherein auf Seiten der Prinzipale der gute Wille zu einer heilsamen Aenderung. Dies geht sehr deutlich aus dem Schreiben des Vorsitzenden des Deutschen Buchdrucker-Vereins, Herrn Dr. Baensch hervor, welcher sein Fernbleiben von der Ausschlußsitzung damit motivierte,

„... daß er eine Vertretung des Deutschen Buchdrucker-Vereins bei der diesjährigen Beratung des Tarif-Ausschusses nicht für angebracht halte, da es sich ja nicht um Verhandlungsgegenstände und Beschlässe materieller Natur handeln könne, sondern lediglich um eine Geschäftsitzung des Ausschusses, die eine Vertretung des Vereins nicht als notwendig erscheinen lasse.“

„Daran erkenne ich meine Pappenheimer!“ Dieselbe Auffassung wie Herr Dr. Baensch zeigten die Prinzipalvertreter bei der betreffenden Sitzung. Das Tarif-Amt sagt jedoch in seiner Statistik nach jenem oben zitierten Satze weiter:

„Deshalb wird sich der Ende April zusammen-tretende Tarif-Ausschuß mit dieser Frage zu beschäftigen haben.“

Daraus ist doch zu folgern, daß selbst diese hohe Behörde innerhalb unsrer Tarifgemeinschaft im Jahre 1904 eine andre Auffassung von der Machtbefugnis des Tarif-Ausschusses hatte. Wirklich sehr sonderbar!

Für alle jene, welche die Verhältnisse einigermaßen kennen, war der Verlauf dieser Ausschlußsitzung keine Enttäuschung. Was kam, sahen sie voraus. Wir Drucker sind seit dem Jahre 1896 in bezug auf den Tarif zu Bestimmten — nicht durch unsre Schuld — erzogen worden und sind es zum großen Teile heute noch. Und das ist gut so. Wäre es anders, so würden die Gemüter durch diese resultatlos verlaufenen Verhandlungen enttäuscht und niedergeschlagen sein und die Lust zur weiteren Mitarbeit wäre vielen verloren gegangen. Wir sahen die Dinge kommen, wie sie gekommen sind, und sehen die Dinge kommen, wie sie kommen werden — und müssen.

Es muß und wird besser werden! Schon fühle ich mich allmählich den kalten, fruchtlosen Pfaden des Bestimmens entrisen und wiege mich schon halb in den belebenden Bogen, die einem gesunden Optimismus entspringen. Und das mit Recht. Warum sollte ich mich nicht diesen Empfindungen hingeben? Sehe ich doch Tag für Tag, Woche um Woche, wie die Aufklärung in den Reihen meiner Kollegen von der Maschine vorwärts schreitet; wie einerseits die Vereine an Mitgliederzahl zunehmen, andererseits sich fort und fort neue Vereine gründen. Überorts arbeiten die führenden Kollegen unermüdetlich für

unsre gute Sache, obgleich der Unbarm Verständnisloser öfter über sie herniedertrübt. So sind wir groß geworden und so werden wir größer werden. Die Zahl der Mitglieder, der gesunde Geist, der sie befeelt — das ist die Macht, die uns im Jahre 1906 von der Rolle eines Nischenbrödel entbindet.

Das Empfinden, daß bei der nächsten Tarifverhandlung auch unsere Forderungen berücksichtigt werden müssen, wird sich aber auch — speziell hier in Berlin — bei den Herren Prinzipalen durchgerungen haben. Das Fehlen jeglicher Bestimmung der Regelung unsers Arbeitsverhältnisses im Tarife selbst hat hier nämlich schon manche unangenehme Stunde hervorgerufen. Ich will hier bloß an Urteile des Tarif-Schiedsgerichtes erinnern, mittels welcher man die Drucker zwingen wollte, Arbeiten zu verrichten, die sie bis jetzt noch nie als ein Muß angesehen haben. Da ist beispielsweise das Vorschlagen und Wegsetzen des Druckes. Man hat die Kollegen verurteilt, diese Arbeiten auszuführen, trotzdem kein einziger Paragraph im Tarife über diesen Punkt zu finden ist. Man versucht für uns Drucker mittels des Schiedsgerichtes Gesetze zu schaffen, trotzdem dieses Forum nicht das Recht und somit auch nicht Macht dazu hat. Gestützt auf diese Tatsache saßen sich die Kollegen nicht veranlaßt, einem derartigen Urteile sich unterzuordnen und weisen jeden Vorwurf eines Tarifbruches weit von sich. Wir fügen uns bereitwillig den Tarifgesetzen — jedoch sie müssen vorhanden sein.

So werden die geschlossenen Forderungen der Maschinenmeister Deutschlands sowie die lehrreichen Konsequenzen, die aus meinem vorhergehenden Satze zu ziehen sind, auch uns im Jahre 1906 ein geregelttes Arbeitsverhältnis schaffen, ähnlich dem unsrer Segeer Kollegen. Unsere Propositionen werden eine beweiskräftige Unterlage erhalten. Ein Blick in die aufstrebende und dankenswerte Agitationsbrotschüre unsrer Zentralkommission „Die Lage der Drucker und Maschinenmeister im deutschen Buchdruckgewerbe und ihre Ursache“ zeigt uns deutlich, wo die Schäden liegen und die Art anzusetzen ist. Unsrer ganze Kraft müssen wir konzentrieren auf zwei Punkte: 1. Reduzierung der Lehrlingskafala, und 2. möglichste Herrrücken zum Einmaschinen-systeme. Das Mißverhältnis der Zahl der Lehrlinge zur Zahl der Gehilfen ist ja die eigentliche Wurzel, aus der die Mißstände in unserm Gewerbe hervorsprossen. Arbeitslosigkeit, Unfähigkeit im Fache, Lohnrückerei, Schmutzkonkurrenz haben da ihren Ursprung. Erschreckend für uns Drucker wirken die Zahlen der Vergleichung der Arbeitslosigkeit der letzten 11 Jahre des Gaubereins Dresden. (Laut obiger Brotschüre.) Während sich die Arbeitslosigkeit der Segeer nur mehr als verdoppelt hat, ist hingegen dieselbe auf das sechsfache in diesem Zeitraum bei den Druckern angeschwollen. Das spricht Bände! Ähnlich liegen wohl diese Verhältnisse überall. Nach der Statistik des Tarif-Amtes kamen im Jahre 1903 auf 100 Segeer 23,51, dahingegen auf 100 Drucker 40,31 Lehrlinge. Ist der Prozentsatz der Segeerlehrlinge schon ein ungünstiger, um wie viel mehr ist dies dann erst bei den Druckern der Fall. Es hieße Wasser ins Meer tragen, wollte man angesichts dieses zum Himmel schreitenden Zustandes noch viele Worte über die unbedingte Notwendigkeit einer Aenderung verlieren. Zum größten Teile in dieser Mißere begründet liegt die Forderung des Einmaschinen-systems. Gestützt auf ein einwandloses Zahlenmaterial war ja selber die Zentralkommission im vergangenen Jahre nicht in der Lage, den Kollegen die Forderung dieses wünschenswerten Systems zur Sitzung des Tarif-Ausschusses empfehlen zu können. Durchdrungen von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit eines schrittweisen Vorwärtsgehens — ohne das eigentliche Ziel aus den Augen zu lassen — machte sie deshalb den Vorschlag:

„... zwei Maschinen kleinern Formates bis zu einer Druckfläche 64 x 96 gelten als eine Maschine.“ Die Unzufriedenheit der Leipziger Kollegen mit diesem gut gemeinten, von der besten Absicht getragenen Vorschlage ist noch in aller Erinnerung und brauche ich auf den sich daraus entsponnenen Streit hier nicht näher einzugehen.

Nun liegt aber die Frage nahe: Werden sich die Verhältnisse innerhalb zweier Jahre so weit bessern, daß wir

zur Tarifberatung das strikte Einmaschinen-system mit Aussicht auf Erfolg proponieren können? Ich glaube kaum. Wir können meines Erachtens den Antrag der Zentralkommission ruhig wieder aufnehmen, nur wünsche ich dazu folgenden Nachtrag: „Zu Drucker-eien, in welchen zurzeit das Einmaschinen-system bereits eingeführt ist, bleibt der Status quo bestehen.“ In dieser Fassung kann er ruhig akzeptiert werden und auch die Leipziger Kollegen werden dann keinen „Rückschritt“ herausfinden können. Andererseits aber wird es nicht möglich sein, uns mit Rücksicht auf die traurige Lage der Arbeitslosigkeit einen übertriebenen Radikalismus vorzuwerfen. Die große Anzahl von Drucker-eien, in denen das Einmaschinen-system heute schon besteht, beweist ja klar, daß es existenzfähig ist, und alle jene Prinzipale, die das ehrliche Bestreben haben, die Schmutzkonkurrenz zu beseitigen, um unser Gewerbe auf eine gesunde Basis zu erheben, werden sich auch moralisch gezwungen fühlen, einen derartigen Antrag zu unterstützen. Die Berechtigung meines obigen Zusatzantrages kann ich damit begründen, daß man ja z. B. bei Einführung des Minimums es als selbstverständlich erachte, daß die bis dahin gezahlten höheren Löhne trotzdem weiter bestehen bleiben müssen. Genau so liegt es mit meinem Vorschlage, den ich den Maschinenmeistervereinen zur Erwägung empfehle.

Unser diesen zwei Hauptpunkten — Herabsetzung der Lehrlingskafala und möglichstes Näherkommen zum Einmaschinen-systeme — gibt es ja selbstverständlich noch andere Wünsche, die aber in sozialer Beziehung nicht so hohe Bedeutung einnehmen, als mehr untergeordneter Natur sind. Ich verleihe damit nur Wünsche unsrer Spezialorganisation. Anträge der Gesamtgesellschaft, betreffend die Verkürzung der Arbeitszeit und allgemeine Lohnerhöhung, nehmen selbstverständlich mit den ersten Rang ein.

Kollegen! Wir haben noch ziemlich zwei Jahre bis zur nächsten Tarifberatung vor uns. Diese Zeit müssen wir benutzen zur weiterer unsrer Arbeit, müssen aufräumen und organisieren, um unsrer Mitglieder in Qualität — d. h. in technischer Richtung sowie in bezug auf soziales Verständnis — und Quantität auf die Höhe zu bringen, die notwendig ist, um unseren wirtschaftlichen Gegnern Achtung abzurufen. So geschult und geschlossen können wir 1906 auf eine Besserstellung unsrer Lage hoffen. Dazu ist aber auch notwendig, daß unsere Vertreter bei den Verhandlungen jederzeit die Situation beherrschen, damit sie nicht durch überlegene Diplomatie der Prinzipale, unserer Kontrahenten, in einen sogenannten Kuhhandel verwickelt werden, mittels welchen man uns schließlich auf der einen Seite nimmt, was man auf der andern gab. Um mit der Zeit zu geben, müssen wir einen wirklich sichtbaren, tatsächlichen Fortschritt erbringen. Und unter Fortschritt auf sozialem Gebiete — das hier allein in Betracht kommt — verleihe ich das Emporheben der Allgemeinheit zu besserer Lebenssituation. Trägt man seitens der Prinzipale den Forderungen der ewig vorwärtstrebenden Zeit nicht genügend Rechnung, so werden sie zu spät empfinden, welche Wunden sie sich selbst geschlagen haben. Wir Drucker wollen den Frieden und sind Freunde des Tarifes — aber nicht um jeden Preis.

Berlin.

Veritas.

Sozialpolitische Zeit- und Streitfragen.

Die Arbeiterversicherungsgesetze des Deutschen Reiches.

Vom Arbeitersekretär M. Gölbenberg-Halle a. S.

Krankenversicherung.

I.

Die Träger der Versicherung sind in Deutschland ungefähr 23 000 Krankenkassen und als solche kommen in Betracht: Orts-, Betriebs- (Fabrik-), Bau- und Knappschafts- und Gemeindekrankenkassen sowie die freien Hilfskassen. Die Zwangskassen werden nach dem Grundsatz der Selbstverwaltung durch die Arbeiter und Arbeitgeber verwaltet. Die Gemeinde-

Krankenkassen dagegen sind nur kommunale Einrichtungen, hier ist von der Selbstverwaltung durch die Befugten und Arbeitgeber nichts zu merken. Die realen, d. h. die von den Arbeitern errichteten freien Hilfskassen haben seit Jahren infolge der ihnen durch die Gesetzgebung bereiteten Schwierigkeiten keinen leichten Stand; einzelne haben sich schon aufgelöst (darunter auch 1893 die Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Buchdrucker), wieder andere haben sich in Zuschußkassen umgewandelt oder gegeben dies zu tun usw. Dagegen schließen die sogenannten Schwindelkassen die Pflanze aus der Erde. Wegen dieser Schwindelkassen wandte sich kürzlich eine offizielle Erklärung wie folgt: „Infolge verschiedener Umgebungen, die in letzter Zeit auf dem Gebiete des privaten Versicherungswezens, namentlich bei Versicherungsanstalten in der Form der eingeschriebenen Hilfskassen, hinsichtlich der Geschäftsführung sowie auch sonst zutage getreten sind, erscheint der Hinweis geboten, bei Abschluss von Versicherungsverträgen die größte Vorsicht obwalten zu lassen. Nach dem Gesetze kann derartigen Kassen, wenn sie sich durch ihr Statut äußerlich den gesetzlichen Anforderungen anpassen, die Zulassung zum Geschäftsbetriebe nicht verweigert werden. Mit der Zulassungserklärung ist aber eine Gewähr für eine reelle Geschäftsführung noch nicht gegeben. Es ist deshalb Vorsicht am Platze, da die Gefahr besteht, daß Versicherungsunternehmen sich der staatlichen Zulassungserklärung mißbräuchlich bedienen, um den Anschein besonderer Zuverlässigkeit zu erwecken und dadurch Personen zu Abschließen des Versicherungsvertrages verleiten, die andernfalls dem Unternehmen fern geblieben wären.“ — Gegen solche schwindelhaften Unternehmungen müßte schon ganz anders vorgegangen werden, zumal wir ja in Deutschland auch ein Kaiserliches Aufsichtsamt für Privatversicherung haben.

Wird nun eine solche Schwindelkasse geschlossen, so weigern sich die Mitglieder in der Regel, noch die Beiträge für das laufende Vierteljahr oder die eventuellen rückständigen zu zahlen. Dann geht das Projektieren los und was unter Umständen von den Mitgliedern eingeholt wird, geht für Gerichtskosten usw. wieder auf. So betragen z. B. die Gerichtskosten in Sachen der verachteten „Verolina“ 1140,19 Mk.

Für die Buchdrucker dürften die Schwindelkassen nicht in Betracht kommen, weshalb auf dieses Gebiet nicht weiter eingegangen werden soll. Alle in Buchdruckereien beschäftigten Personen unterliegen ohne Rücksicht auf die Höhe der Löhne dem Krankenversicherungszwange. Da der Verband im Krankheitsfalle ebenfalls Unterstützung zahlt, die durch die Orts- resp. Gaukassen vielfach noch erhöht wird, so genügt für die Buchdrucker die Orts- resp. Betriebskasse. In der Hauptsache dürften für Buchdrucker wohl nur Ortskrankenkassen in Betracht kommen. Das Gesetz läßt nun zu, Ortskassen entweder für die am Orte vertretenen Gewerkszweige und Betriebsarten gemeinsam oder je besonders zu errichten. In vielen Städten haben wir deshalb die Ortskrankenkassen für das Buchdruckgewerbe oder auch nur Ortskrankenkassen für Buchdrucker, Schriftsetzer, also im letzten Falle unter Ausschließung der Hilfsarbeiter und -arbeiterrinnen.

Wird die Beschäftigung durch die Natur ihres Gegenstandes oder im voraus durch den Arbeitsvertrag auf weniger als eine Woche beschränkt, so tritt die Versicherungspflicht nicht ein. Betriebsbeamte, Faktoren usw. mit mehr wie 2000 Mk. Jahresverdienst unterliegen nicht der Versicherungspflicht.

Der Versicherungspflicht unterliegen auch gebrechliche Personen, sogar Rentempfänger, sofern sie versicherungspflichtige Arbeit verrichten. Selbst derjenige, welcher bei der Aufnahme bereits krank war, hat im Falle der Erwerbsunfähigkeit Anspruch auf Unterstützung, wenn die Arbeitsaufnahme eine ernste und nicht bloß ein Versuch war. Bezüglich der Invalidenrentenempfänger ist darauf hinzuweisen, daß diese Pflichtmitglieder einer Krankenkasse werden können, ohne Gefahr zu laufen, daß ihnen die Rente entzogen wird, wenn sie eine beschränkte Erwerbstätigkeit aufnehmen, wobei sie allerdings nicht mehr als ein Drittel desjenigen erwerben dürfen, was gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. Die Invalidität im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes ist noch nicht gleichbedeutend mit vollständiger Erwerbsunfähigkeit. Ein Invalidenrentenempfänger hat auch das Recht, der Kasse als freiwilliges Mitglied weiter anzugehören, sofern er bei Aufgeben der Beschäftigung dies der Kasse innerhalb einer Woche meldet.

Von dem Rechte der freiwilligen Weiterversicherung sollte übrigens jeder Arbeiter bei Austritt aus der Beschäftigung Gebrauch machen. Dies kann auch für Buchdrucker im Falle der Konditionslosigkeit von Vorteil sein. Nach dem § 27 des Krankenversicherungsgesetzes haben Klassenmitglieder, welche aus der Beschäftigung ausscheiden und nicht zu einer Beschäftigung übergeben, vermöge welcher sie Mitglied einer anderen Kasse werden, das Recht, bei ihrer Krankenkasse zu bleiben, sofern sie ihre Absicht binnen einer Woche dem Kassenvorstande anzeigen. In einem solchen Falle kann man freiwilliges Mitglied bleiben, so lange man sich im Gebiete des Deutschen Reiches aufhält. Die freiwillige Mitgliedschaft erlischt aber, wenn die Beiträge an zwei aufeinander folgenden Zahlungsterminen nicht geleistet werden.

Wer von dem Rechte der Weiterversicherung keinen Gebrauch macht, hat im Falle des Ausscheidens aus der

Kasse an diese nach § 28 des Krankenversicherungsgesetzes noch innerhalb drei Wochen nach dem Ausscheiden Ansprüche auf Kranken-Unterstützung usw. In diesem Falle werden aber nur die gesetzlichen Mindestleistungen gezahlt. Z. B. eine Klasse zahlte 39 Wochen lang Krankengeld, so erhält derjenige, welcher während der Erwerbslosigkeit erkrankt, nur 26 Wochen lang Unterstützung. Würde in diesem Falle der durchschnittliche Tagelohn in der Krankenkasse 3 Mk. betragen, die Klasse zahlt im allgemeinen aber 2 Mk. tägliches Krankengeld, so wären hier auch nur 1,50 Mk., die Hälfte vom durchschnittlichen Tagelohne als Krankengeld zu zahlen. Wer innerhalb der bezeichneten drei Wochen erkrankt, aber nach Ablauf derselben verstirbt, für den haben die Kassen Sterbegeld nicht zu zahlen. Aus alledem geht zur Genüge hervor, stets darauf zu achten, Mitglied einer Kasse zu bleiben, also im Falle der Arbeitslosigkeit sich sofort als freiwilliges Mitglied zu melden. Mit Eintritt in ein versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis erlischt die freiwillige Mitgliedschaft. Zwei Zwangskassen kann man gleichzeitig nicht als Mitglied angehören. Zur Anwendung des § 28 ist es aber weiter erforderlich, daß der Ausscheidende „unmittelbar“ vor seinem Ausscheiden mindestens drei Wochen ununterbrochen Kassenzugehörigkeit war; es darf also nicht einmal ein Tag Arbeitslosigkeit dazwischen liegen. Angenommen, ein Arbeiter steht vier Wochen in Arbeit und zwar zwei Wochen beim Unternehmer A. und zwei Wochen beim Unternehmer B. Der Erstere wird z. B. am Dienstagabend einer Woche bei A. arbeitslos, findet am Mittwoch bei B. Stellung und tritt dort am Donnerstag an. Nach Ablauf von zwei Wochen wird er hier wieder arbeitslos und meldet sich nicht als freiwilliges Mitglied. Sofern dieser Arbeiter innerhalb der drei Wochen nach dem Ausscheiden erkrankt würde, hätte er keinen Anspruch an die Kasse, da er nicht ununterbrochen vor dem Ausscheiden (drei Wochen) Kassenzugehörigkeit war, also ein Tag Arbeitslosigkeit dazwischen lag. Noch ein Beispiel: Ein Arbeiter tritt am Montag den 5. Dezember in Arbeit und wird am Sonnabend den 24. Dezember entlassen. Dieser Arbeiter wäre, obgleich die Beiträge für drei Wochen für ihn bezahlt worden sind, doch im gesetzlichen Sinne nicht drei Wochen Kassenzugehörigkeit, denn $3 \times 6 = 18$ Arbeitstage und zwei Sonntage dazwischen macht 20 Tage. Drei Wochen zählen aber 21 Tage. So hat bereits der badische Verwaltungsgerichtshof entschieden und die Kassen schließen sich dem im allgemeinen an. Deshalb ist nochmals die Erwerbung der freiwilligen Mitgliedschaft im Falle der Arbeitslosigkeit dringend zu empfehlen.

Wann hat nun ein Pflichtmitglied Anspruch auf Unterstützung? Der Anspruch auf die gesetzlichen Mindestleistungen beginnt mit dem Augenblicke des Eintrittes in die Beschäftigung, ganz gleichgültig, ob die Anmeldung schon erfolgt war oder nicht. Die Arbeitgeber haben die An- und Abmeldung spätestens am dritten Tage nach Beginn bzw. Beendigung der Beschäftigung zu besorgen. Binnen gleicher Frist sind auch Veränderungen im Arbeitsverhältnisse, welche die Versicherung in eine andere Lohnklasse bedingen, anzumelden. Arbeitgeber, welche der Anmeldefrist nicht genügen, haben der Ortskrankenkasse alle Aufwendungen zu ersetzen, welche diese in einem vor der Anmeldung durch die nicht angemeldete Person veranlassenen Unterstützungsfalle gemacht hat; ebenso sind dieselben noch strafbar.

Die Beiträge werden zu zwei Dritteln vom Arbeiter, zu einem Drittel vom Arbeitgeber getragen. Für mehr wie die letzten zwei Lohnzahlungsperioden dürfen Beiträge nachträglich nicht abgezogen werden. — Durch statistische Bestimmungen können die Krankenkassen (mit Ausnahme der Gemeindefrankenkassen) von den Versicherten ein Eintrittsgeld erheben. Dasselbe darf die Höhe des sechs-wöchentlichen Kasseneintrags nicht übersteigen. Das Eintrittsgeld darf aber nur von denjenigen neu eintretenden Pflichtmitgliedern erhoben werden, welche während der letzten 26 Wochen vor dem Eintritte in die Kasse einer anderen Krankenkasse nicht angehört haben. Beim Wiedereintritte in die Kasse nach militärischen Dienstleistungen oder periodisch wiederkehrenden Betriebs-einstellungen oder jedoch Eintrittsgeld nicht erhoben werden.

Nach dem Krankenversicherungsgesetze sind die gesetzlichen Mindestleistungen festgelegt. Durch Statut können nun die Kassen auch höhere resp. Mehrleistungen einführen. Die Mindestleistungen haben gesetzlich seit 1. Januar 1904 auch eine Veränderung erfahren. (Vergl. darüber den Artikel im „Corr.“ in Nr. 2 von diesem Jahre.) Da die Versicherten entsprechend ihrer Beitragszahlung zu zwei Dritteln im Vorstände und in der Generalversammlung vertreten resp. stimmberechtigt sind, so haben sie einen wesentlichen Einfluß auf Gestaltung der Kassen usw. Die Arbeitgeber sind zu einem Drittel im Vorstände und in der Generalversammlung vertreten resp. stimmberechtigt.

Auf die Ansprüche der Versicherten an die Kassen und die Leistungen derselben soll im Schlußartikel näher eingegangen werden.

Korrespondenzen.

Bremen. Die Versammlung am 16. November erfreute sich eines sehr guten Besuches. Der Vorsitzende Diefke machte zunächst die Mitteilung, daß der bisherige Schriftführer Unger dessen Funktionen ausübt. Nach der

feinerzeit gemeldeten Fusion des „Bremer Tageblattes“ mit dem „Bremer Courrier“ unter der neuen Firma „Bremer Zeitungsgesellschaft m. b. H.“ hatten sich in der Druckerei einige tarifliche Mißstände eingeschlichen, welche dem Tarif Amte unterbreitet wurden. Durch dessen Eingreifen und nachdem die beiden Vorstehenden des hiesigen Tarif-Schiedsgerichtes und der Bezirksvorsitzende bei der Firma vorstellig geworden, gab dieselbe das Versprechen, die Bestimmungen des Tarifes einzuhalten und ist eine Tarifanerkennung bereits erfolgt. Ferner gab der Vorsitzende Bericht über die Schlußverhandlungen in Sachen des nunmehr erledigten Konfliktes in der „Bremer Bürgerzeitung“. Zur Aufnahme gelangten 14 Kollegen. Zu einer größeren Debatte gab der Antrag des Vorstandes auf Erhöhung des Beitrages Veranlassung, doch wurde schließlich die Erhöhung des Bezirksbeitrages um 5 Pf. pro Woche akzeptiert und gelangt derselbe erstmalig am 3. Dezember zur Erhebung. Für das Härtel-Denkmal wurden 25 Mk. bewilligt. Die Weihnachtseier findet am 25. Dezember in der „Neustädter-Tonhalle“ statt und werden dem Vorstände zu diesem Zwecke 50 Mk. bewilligt. Die für die hiesigen ausgeperrten Bauhilfsarbeiter ausgeschriebene Extrasteuer ergab eine Gesamtsumme von 179 Mk. — Am 21. September fand eine Allgemeine Buchdrucker-Versammlung statt, in welcher der anfänglich des Bremer Parteitag hier anwesende Reichstagsabgeordnete Hilbenbrand aus Stuttgart über „Sittliches aus der Geschichte der Buchdruckerorganisation“ sprach. Die lehrreichen Ausführungen des Referenten hätten einen besseren Besuch seitens der hiesigen Kollegen verdient.

r. Mainz. Am 13. November wurde hier selbst eine Bezirksversammlung abgehalten, welche sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. Zunächst wurden sechs Reuaufnahmen vollzogen, worauf der Vorsitzende einen statistischen Bericht über den Stand der Klasse des Verbandes im allgemeinen gab, dabei hervorhebend, was alles für Unterstützungen an Kranke, Arbeitslose, Reisende usw. verausgabt wurde; außerdem gab er bekannt, daß nunmehr in Deutschland 1026 Segmaschinen bei 513 Firmen in 261 Orten in Betrieb seien, woran 1410 Segler beschäftigt werden, von welchen 1055 Verbandsmitglieder und 365 Nichtmitglieder seien. Die Abschreibung des Kassierers ergab, daß Gau- und Verbandskasse im dritten Quartale mit 5455,78 Mk. bilanzierten. Im weiteren wurden die Verhältnisse unserer örtlichen Krankengeld-Zuschußkasse nochmals einer eingehenden Besprechung unterzogen und zugleich das Statut derselben nach seiner neuen Fassung beraten. Fast allgemein wurde anerkannt, daß die Leistungen dieser Kasse in Rücksicht auf den fortgeschritten hohen Krankenstand im Bezirksvereine gekürzt werden müßten, wolle man die Kasse nicht vollständig ihrem Ruine preisgeben. Prozentual sei sogar der Krankenstand höher als der der Mainzer Ortskrankenkasse. Es wurde denn auch beschloffen, den Krankengeldzuschuß pro Woche von 4 Mk. auf 3 Mk. herabzusetzen, und zwar so, daß pro Wochentag 50 Pf. gewährt werden. Auch soll zukünftig der Beitritt allen im Bezirke konditionierten Kollegen gewährt werden. Die sonstigen Abänderungen des Statuts waren mehr redaktioneller Natur und wurde zum Schluß das ganze Statut en bloc angenommen, welches am 1. Januar 1905 in Kraft tritt. Unter Verschiedenem führte der Arbeitsnachweisverwalter wieder bitter Beschwerde, weil trotz wiederholten Aufgebührens einige Firmen sich immer noch nicht des paritätischen Arbeitsnachweises bedienen. Redner bemerkte, daß gerade in den letzten Tagen wieder von einigen Firmen Neueinstellungen vorgenommen worden seien, ohne den Arbeitsnachweis zu berücksichtigen, trotzdem bei denselben Arbeitskräfte genug verzeichnet gewesen seien. Er habe deshalb Veranlassung genommen, diese Verfehlungen in Gemeinschaft mit dem Prinzipalvorsitzenden dem Kreisvertreter des III. Kreises zu unterbreiten. Ein weiterer Redner bemerkte, daß hauptsächlich die Schuld an den Faktoren liege, welche unter den Konditionslosen zu wählervich verfahren. Man solle einen Beschluß herbeiführen, wonach Arbeitskräfte unter allen Umständen der Reihenfolge nach, wie sie arbeitslos eingetragen sind, vom Arbeitsnachweise entnommen werden müßten.

D. Stuttgart. In der am 26. November abgehaltenen Mitgliedschaftsversammlung wurde vom Vorsitzenden Flohr mitgeteilt, daß in ihm in tariflicher Beziehung endlich einmal etwas erreicht wurde und werde von den Ulmer Kollegen erwartet, daß sie das Ertrugene festhalten und die dem Verbands noch fernstehenden Kollegen demselben zuführen. Weiter wurde mitgeteilt, daß es ein Unterländer Prinzipal für notwendig finde, seine Tarifreue auf seinen Briefbogen zum Ausdruck zu bringen, diemuel er im Tarifverzeichnisse sehr! Anschließend an diese Mitteilungen wurde u. a. berichtet, daß in der Wirtschaftsführung des Gewerkschaftsaufes endlich ein Wechsel stattgefunden habe und wurde erucht, daßselbe fleißig zu frequentieren. Der vom Kollegen Knie erfasste Rechenchaftsbericht vom dritten Quartale wurde mit Befriedigung aufgenommen. Den Bericht von der Gauvorsitzerkonferenz (s. „Corr.“ Nr. 136) gab Kollege Flohr; in der sich anschließenden kurzen Diskussion erklärte man sich mit der auf der Konferenz angenommenen Resolution einverstanden. Die am 10. oder 17. Dezember konditionslos werdenden oder schon konditionslos Kollegen erhalten auch dieses Jahr wieder ein Weihnachtsgeschenk aus der Gaukasse. Hierauf erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Rundschau.

Bei Aufnahme unserer Ferienstatistik müssen wir leider wieder die Wahrnehmung einer gerade nicht geringen Lässigkeit der Druckereibetreuer machen. Es sind uns nämlich bis zu dem in Nr. 124 angegebenen Termine — Ende November — verhältnismäßig wenig Angaben zugegangen; dies ist uns so verwunderlich, als gerade bezüglich der Mitteilung von Ferienbewilligungen sonst allseitig eine erfaunliche Eifertigkeit bekundet wurde. Nun da ein vollständiges Bild über den Umfang der Ferienbewilligung gegeben werden soll, womit wir gleichzeitig verschiedentlich geäußerten Wünschen entsprechen, und die hier und da gemachten Lokalen oder wie im Falle Bayern sich über einen ganzen Gau erstreckenden Zusammenstellungen ergänzen wollen, erweisen sich die Vertrauensleute zum Teile von einer Untätigkeit, die bei Statistiken des Tarif-Amtes und sonstigen Erhebungen schon mehrfach beklagt werden mußte. Wenn wir die Sache insofern etwas umständlich machen mußten, indem wir die Beglaubigung des Ortsvorstandes zur Bedingung machten, so waren wir dazu gezwungen durch die vorgekommenen Duplicierungen mit solchen Mitteilungen; diese geringfügige Erweiterung der Bemühungen kann aber in keiner Beziehung als Entschuldigung der mangelhaften Beteiligung ausgegeben werden. Da wir Einzelveröffentlichungen von Ferienbewilligungen künftig jedenfalls nicht mehr bringen, sondern die Bewilligungen eines bestimmten Zeitraumes immer zusammenfassen werden, so haben die Vertrauensmänner sowohl die Verwirklichung unserer Absicht wie deren Scheitern jetzt in der Hand. Die Befürchtungen, welche eine Einsendung in der „Zeitschrift“ gegen unsere Ferienstatistik geltend machte, können wir nicht zum Gegenstande längerer Betrachtungen machen, zumal sie sich in irrigen Voraussetzungen bewegen; in Gehilfenkreisen aber sollten keine Bedenten dagegen laut werden und überall zum Gelingen derselben beigetragen werden. Wir schieben den Endtermin nochmals bis zum 15. Dezember hinaus mit dem Hinzufügen, daß nach diesem Zeitpunkte etwa noch einlaufende Angaben auf keinen Fall mehr berücksichtigt werden. Die noch im Rückstand befindlichen Druckereibetreuer wollen das beachten und die Ortsvorstände für die Befolgung der in Nr. 124 ausgesprochenen Wünsche tätig sein.

Mit seiner Weisheit hereingefallen ist einmal wieder der „Typograph“, unter der deutschen Buchdruckpresse das einzige Organ, dessen Qualifikation als Revolverblatt außer allem Zweifel steht. Der wegen eines schändlichen Denunziantenstreiches vor zwei Jahren von seinem Redakteurposten an „Typograph“ weggejagte Alexander Dahl vollführt seit dem Zeitpunkt, wo wir in „Corr.“ nicht nur seine Fortgesetzte, sondern sogar noch vermehrte Tätigkeit für den „Typograph“ feststellen konnten, nun unter falscher Flagge seine Unbelieben gegen den „Corr.“ und unsre Organisation. Nun kann ja aber ein Dahl am letzten über seine saubere Mitarbeiterchaft täuschen, um so weniger, als im „Typograph“ einmal offen zugestanden wurde, daß man auf Dahls Tätigkeit trotz jenes seine Entlassung begründenden Vorkommnisses nicht verzichteten werde. Nicht verzichten kann, wäre richtiger gesagt gewesen, denn wie unter Blinden der einäugige König ist, so Dahl unter der bündelreichen Hammelherde immer noch eine Leuchte von Weisheit, allerdings einer recht, recht zweifelhaften. So moralisch deprimierend also auch die Denunziation Dahls für den Gutenbergsbund war — er selbst nennt sie unter einem neuen Pseudonym nur eine Dummheit, während der Vorstand des Gutenbergsbundes sie als das benannte, was sie ist —, man muß die geistigen Anleihen bei diesem Menschen aufnehmen, der in jeder andern Gemeinschaft nach solcher Hebelarbeit für immer unmöglich geworden wäre. Dahl signiert also seine Artikel bald so, bald so; immer aber greift er in den Rat, um andere Leute damit zu beweißen. Bei der letztmaligen Ausübung dieser unappetitlichen Beschäftigung zeichnet er zum Scheine des Gerechten nun A. D. und nahm dabei die Kollegen des „Vorwärts“ in Berlin sich als Ziel seiner Anwürfe. Als ständiger Leser des „Vorwärts“ beklagt er sich über das häufige Vorkommen von Druckfehlern in demselben, er teilt auch mit, daß er sich schon beschwerend an die Geschäftsleitung des „Vorwärts“ gewandt habe. Die Kasse kann das Maulen und Alexander Dahl eben das Denunzieren nicht lassen. Das dummfache Geschwafel über „Erstklassige Arbeiter“ bietet uns jedoch keinen Anlaß zu einer Erwiderung. Mit außerordentlichem Vergnügen wollen wir nur abermals konstatieren, daß Dahls Ueberblichkeit ihm wieder einen schlechten Dienst erwiesen hat. Denn wie wir vor einiger Zeit den Herrn Dahl jedenfalls gut bekannten Piccolo mit seiner Spöttelei über die technische Leistungsfähigkeit der Verbandsmitglieder an Beispielen aus derselben Nummer des „Typograph“ gründlich abfüßren konnten, so auch den diesmal A. D. zeichnenden Schmierzax. In der letzten Nummer des „Typograph“ macht also an

leitender Stelle Dahl seine Späße über Druckfehler im „Vorwärts“, auf der letzten Seite bilden aber drei Berichtigungen über Druckfehler — darunter zwei „erstklassige“ — den ganzen Inhalt des Briefkastens. Besser konnte die Offenbosheit eines Dahls gar nicht gestraft werden.

Für Schriftgießer beachtenswert ist eine Anregung, welche im Berliner „Vorwärts“ gegeben wird und die auf den Erfolg des Meies in unserm Schriftmetalle hinausläuft. Der Artikel geht von dem Standpunkte aus, daß gleich der immer mehr geforderten und auch immer mehr zur Last fallenden Verdrängung des Weisheits das Blei selbst ebenfalls verschwinden könnte bei der Herstellung von Lettern. Trotz der Bundesratsverordnung wären die Dinstabzüge doch nicht wirksam genug und die Verdampfung und Verfaubung des Meies in den Gießräumen sei nicht ausgeschlossen. Im Interesse der Bekämpfung der Bleierkrankungen müßte es gelingen, eine Legierung von unedigen Metallen herzustellen, welche den gleichen Härtegrad, dieselbe Gießfähigkeit wie überhaupt die gleiche Verwendbarkeit besitzt als die jetzt verwendete Verbindung von Blei und Antimon. Zink habe sich als unbrauchbar erwiesen zur Komposition zweckentsprechender Legierungen. Die beträchtlich höheren Preise der anderen in Betracht kommenden Metalle habe es wohl verhindert, daß auf bleifreie Legierung von Schriftmetall bisher nirgends ein Patent erteilt sei, aber der Staat habe die Pflicht, durch Aussetzung von Preisen die Bestrebungen nach einer unschädlichen Schriftlegierung zu fördern. Die gesundheitlichen Verhältnisse der Schriftgießer als auch der Buchdrucker seien derartige, daß die Bekämpfung der Bleivergiftungen auch im Buchdruckgewerbe eine Frage von großer Wichtigkeit sei. Die in diesem Artikel des „Vorwärts“ gegebenen, vorstehend nur skizzierten Anregungen verdienen die Beachtung unjrer Gießerkollegen in erster Linie.

Eine Ausstellung, welche die Kunst im neueren Buchdruck zeigen soll, ist von dem Königl. Kunstgewerbemuseum in Berlin zu Ehren des 25. Stiftungsfestes der Typographischen Gesellschaft dortselbst veranstaltet worden. Die am Tagesbesuche verhinderten Berliner Buchdrucker haben an den Abenden des Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend zwischen 1/8 bis 1/10 Uhr Gelegenheit, die im Lichtloche platzierte Ausstellung zu besichtigen.

Nicht weniger als 22 Lokalberichterstatter bzw. Lokalcorrespondenzbüros sollen für den „Berliner Lokal-Anzeiger“ ständig tätig sein.

Die Druckpapierfabrik Kohnmühle bei Schandau ist völlig still gelegt worden. Diese Fabrik, welche einst der Sebnitzer Papierfabrik gehörte, kam unter den Hammer und wurde von einem Konkursanten erworben. Dieses letzte aber die auf eine Tagesproduktion von 50000 kg Zeitungsdrukpapier eingerichtete Fabrik außer Betrieb und verkaufte die Maschinen. 250 Personen wurden dadurch brotlos. Wie verlautet, soll mit dieser Stilllegung lediglich die Konkurrenz der Kohnmühle ausgeschlossen werden, ein Vorgang, der Neulichtigkeit mit den von uns mehrfach verurteilten Zedenjüllungen im Ruhrreviere hat.

Der deutsche Buchhandel verteilt sich gegenwärtig auf 2174 Städte, von denen 1523 in Deutschen Reiche liegen. Diese zählen allein 8502 Firmen. Die Zahl der in das oben erwähnte Adreßbuch aufgenommenen Firmen stieg im letzten Jahre von 10624 auf 10980. Davon beschäftigten sich 2880 nur mit dem Verlagsbuchhandel, 345 nur mit dem Verlagskunsthandel, 416 ausschließlich mit dem Verlagsmusikalienhandel und 225 ausschließlich mit dem Antiquariate. 2916 Buchhandlungen haben in Leipzig Auslieferungslager.

In dem neuesten Ruchstratprozesse, der zwei Tage in Anspruch nahm, wurde der Redakteur Schweinert zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Diese neuerliche Justizaktion im Obenburger Lande wird aber noch ein Nachspiel haben. Ein als Zeuge vernommener Kellner sagte nämlich unter Eid aus, Minister Ruchstrat habe noch im Jahre 1901 Hazard gespielt. Dieser Zeuge wurde darauf wegen Verdrats des Meinesdes sofort in Haft genommen. Was in diesem Prozesse sich zwischen dem Gerichtshofe und den Verteidigern ereignete, übertrifft alles Dagewesene. Schließlich legten die Anwälte die Verteidigung nieder und der Angeklagte zog seine Beweisanträge, weil zwecklos unter diesen Umständen, sämtlich zurück. Die anderen Ruchstratprozesse wurden verlagert, der Scandal geht also weiter — nur Ruchstrat bleibt der Leiter der Justizverwaltung in Obenburg!

Wegen Veröffentlichung von Skandalgeschichten, durch welche sich diverse Spitzen der Königsberger Gesellschaft beleidigt fühlten, wurde der Redakteur des lokalen Witzblattes „Der Japper“ zu der erscheidend hohen Strafe von zwei Jahren und vier Monaten Gefängnis verurteilt. Ein anderer Angeklagter erhielt nicht weniger als fünf Monate zudiktirt.

Wegen Beleidigung des Vorsitzenden des Hamburger Gewerbevereins bzw. Einigungsamtes wurde der Geschäftsführer der dortigen Filiale des Handels- und Transportarbeiterverbandes zu einem Monate Gefängnis verurteilt. Zu einer Sitzung des Gewerkschaftsrates soll er den Spruch des Einigungsamtes in Sachen des Brauerstreiks mit den Worten kritisiert haben: „Diesen Hallunkenstreik können wir nicht annehmen“. Der Angeklagte wollte aber gesagt haben: „So, wie der Spruch ist, kann ich ihn meinen Kollegen nicht zur Annahme empfehlen, das wäre ein Hallunkenstreik.“ Die Verurteilung erfolgte auf Grund des Stenogramms des Polizeibeamten.

Die Zolltarifverhandlungen Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn sind wegen der unverstimmten Agrarzölle vollständig gescheitert. Das Wettrennen des offiziellen Deutschland um die Gunst der Agrarier ist damit jogar von der Regierung des korruptierten Doppelreiches gerichtet.

Sächsishe Regierungswissenschaft spiegelt sich in der Zumutung an die Arbeiter wieder, welche mit Hilfe einer von dem verstorbenen König Georg ausgelegten Summe und einem Staatszuschusse die Auslieferung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg besuchen sollen. Diese Arbeiter müssen nach Ansicht der Regierungsmänner sämtlich ihren Stammbaum auf Nachschicht, Reichsrunder Menckelsohn, Erlanger usw. zurückführen können, denn sonst könnte wohl nicht von denselben erwartet werden, daß sie die Heisekosten erst nach ihrer Rückkehr von Berlin erheben. Daß auch die Rückfahrt gemeinsam geschehen muß, ist eine ebenso unverständliche Anordnung.

Die Zwangsversicherung gegen Krankheit datiert seit dem 1. Dezember 1884, an welchem Tage die Krankenkassen ihre humanitäre Tätigkeit aufnahmen. Nicht nur die Arbeiter, sondern mehr noch die Unternehmer waren gegen die gesetzlichen Krankenkassen lange Zeit sehr eingenommen, letztere wegen des von ihnen zu zahlenden Beitragsbeitrags, die ersteren dagegen hielten an ihren Pflichten mit einer Zähigkeit fest, über die man sich heute nur noch wundern kann. Daß in Bayern noch jetzt vielfach die rückständige Form der Gemeindefrankenversicherung vorherrschend ist, kann natürlich nicht als ein Ruhmesblatt des zweitgrößten deutschen Bundesstaates bezeichnet werden. In Nürnberg z. B. will der freisinnige Magistrat absolut nicht von der Gemeindeversicherung abgehen, deren Verwaltung von der Gemeinde selbstständig besorgt wird. Seit zehn Jahren wird von der dortigen Arbeiterkassen die Errichtung einer Ortskrankenkasse verlangt, immer verfährt sich der Magistrat dieser Forderung gegenüber ablehnend. Jetzt ist nun eine mit 30000 Unterzeichneten versehenen Petition an die mittelfränkische Kreisregierung abgegangen, worin um das Einschreiten der Regierung im Sinne der Petenten ersucht wird. Welchen Umfang das Krankentassenwesen in Deutschland angenommen, ist aus dem „Statistischen Jahrbuche“ des Kaiserlich statistischen Amtes zu ersehen, wonach es in Deutschland im Jahre 1902 22747 Krankentassen mit 9858066 Mitgliedern gab; auf eine Klasse kamen 433,4 Mitglieder. Auf die Gemeindeversicherung entfallen davon 8528 Kassen mit 1487895 Mitgliedern; Bayern ist darunter allein mit 4057 Kassen und 520581 Mitgliedern vertreten, Preußen dagegen zählt nur 1839 solcher Kassen mit 447455 Mitgliedern. Ortskrankentassen waren im Jahre 1902 4699 mit 4697298 Mitgliedern vorhanden, davon in Preußen 3130 mit 2914151, in Bayern aber nur 68 Ortskrankentassen mit 157844 Mitgliedern. An Betriebs-(Fabrik-)krankentassen existierten 7626 mit 2491756, an Baukrankentassen 52 mit 15726, an Innungskrankentassen 639 mit 217833, an landesrechtlichen Hilfskassen 225 mit 44563, an eingetragenen Hilfskassen, welche dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes entsprechen, 1445 mit 903095 Mitgliedern. Außerdem waren 671094 Bergleute in 186 Knappschaftskrankentassen gegen Krankheit versichert. In den sieben ergründeten Kaiserarten kamen 1902 3578410 Krankheitsfälle vor, die im ganzen 167801376 Mt. Kosten verursachten. Obwohl das Krankenversicherungsgesetz in den 20 Jahren fünfmal abgeändert wurde, sind die Landarbeiter, die Diensthilfen sowie die Heimarbeiter von demselben noch immer ausgeschlossen; ihre Versicherung gegen Krankheit ist noch nicht generell geregelt. Daß das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankentassen in dem letzten Jahre infolge der Arbeiterbewegung so viele Anfeindungen und direkte Verkümmern erfuhr, trübt die Genugung über die allgemeinen Erfolge der Krankenversicherung ganz erheblich.

Große Unregelmäßigkeiten wurden in Hochhaide bei der Krankentasse des Rheinlandes festgestellt. Auch in diesem Falle hat man es mit einer Schwindelkasse zu tun.

Die amtliche Arbeitslosenzählung in München ermittelte 6350 männliche und 1270 weibliche Arbeitslose. Von der Gesamtzahl der Arbeitslosen kommen 10 Proz. als arbeitsunfähig in Betracht.

Einer schändlichen Kinderklosterkassette hat die Polizei in Berlin jetzt ein Ende gemacht. Die auch anderswo bekannten kleinen Mauefallenhändler, Glodakentzen, zählen in der Reichshauptstadt jedenfalls zu den ausgebeuteten Kindern; es wurden sechs Unternehmer ermittelt, die dieses schandvolle Gewerbe ganz systematisch betrieben. In den Kellerböden mußten die jungen Sclawen bis zu 30 zusammengepfercht hausen. Ihre Lagerstätten waren alte Eiertischen, in denen sie drei bis vier beieinander, auf zum Teile vermodertem, stinkenden Stroh schliefen. Morgens um 4 Uhr hieß es aufstehen, dann wurden die kleinen Händler, darunter Kinder von zehn Jahren, mit einem Bißten trokanen Brotes in zerlumpter Kleidung in Wind und Wetter hinausgeschickt. Die Polizei durfte die Kinder in dem fabrikmäßigen Betriebe nicht finden. Daher mußten sie vor Tagesgrauen hinaus und durften ihr elendes Lager erst nach 10 Uhr abends wieder aufsuchen. Blieben doch einmal einige so lange, bis die Aussicht kam, so hatten sie die strenge Weisung, sich in Spinden, Kammern und wohnen sie sonst nur konnten, zu verkriechen, bis die Gefahr vorüber war. Im ganzen wurden 200 dieser armen Geschöpfe wieder in ihre Heimat befördert; die Ausrüstung zur Reise wurde auch durch Privatwohlthätigkeit ermöglicht. Wenn man die sauberen

Unternehmer aber nicht beim Krug nimmt und ihnen künftig nicht streng auf die Finger sieht, dann erfüllt diese Abschiebung ihren Zweck nur recht unvollkommen. Hoffentlich nimmt sich die Politik aber auch der kleinen Italiener an, die jedenfalls unter gleichen Umständen mit Gipsfiguren handeln müssen.

In Wevelsberg streiten die Schlosser wegen Lohn-differenzen, die Hirsch-Dunderianer beteiligen sich an dem Auslande. In Helfert bereitet sich in diesem Gewerbe eine Tarifbewegung vor. Die Schlossfabrikanten äußerten die Ansicht, daß der Niedergang dieses Industriezweiges nur durch Tarifabmachungen verhindert werden könne. — Die seit 18 Wochen ausgeperrten Halberstädter Tabakarbeiter saßen den Weidluß, im Kampfe auszuhalten. — Die Einleger in Berlin wollen in den Betrieben, wo sich die Arbeitsniederlegung zugunsten der streikenden und ausgeperrten Holzarbeiter empfiehlt ebenfalls streiken. Im Holzarbeiterverbande ist wegen der Berliner Kämpfe eine Beitragserhöhung um 10 Pf. angeordnet worden.

Die Wiener Kohlenarbeiter haben mit Ausnahme der am Nordbahnhof beschäftigten bei ihrem Streik gesiegt. Die Direktion der Nordbahn sperre ihre 300 Kohlenarbeiter aus, konnte auch schon 222 Mann als Ersatz aufstreifen. — Der Streik der französischen Marinearsenalarbeiter in Lorient und Vrest ist gesiegt, einerseits durch Verrat aus den eigenen Reihen, zum andern aber auch durch die Maßnahmen des Marineministers, der mit der Abkommandierung von Marinemannschaften drohte und auch schon damit vorging. — Die Ausperrung der Steinhauer in Bohuslän (Schweden) ist nach einer Dauer von sieben Monaten nun mit dem Abschluß eines Tarifvertrages ausgegangen; am 5. Dezember sollte die Arbeit wieder aufgenommen werden. — Der Generalstreik in Argentinien, unternommen als Protest gegen polizeiliche Uebergriffe, hat nur beschränkte Ausdehnung genommen.

Briefkasten.

Max und Moriz in Berlin: Recht gern; aber nicht sofort, sondern demnächst unter „Druckschneidung“. Ist denn kein Programm für uns übrig? — E.: Sie dürfen nicht glauben, daß Sie uns beleidigen können. Ihre Beschimpfungen bestätigen bei uns lediglich die Vermutung, die wir wegen Ihrer geistigen Verfassung schon lange haben. Hätten wir diese Bestätigung schon früher gehabt, so wären selbstverständlich Ihre Artikel nicht erschienen, wegen deren Veröffentlichung wir nun aus unserm Leserkreise mit Liebenswürdigkeiten bombardiert

werden; womit wir allerdings den erfreulichen Beweis erhalten, daß das Gros unserer Kollegen noch nicht an der Grenze angelangt ist, wo Vernunft zum Unsinne und Wohlthat zur Plage wird. — H. K. in Berlin-Niedorf: Wir selbstverständlich nicht aufgenommen, was Sie als sogenannte Berichtigung ausgeben. Wenden Sie sich an den Zentralvorstand. Den Schluß Ihres Artikels haben Sie inzwischen erhalten; hatte sich bei der Unfähigkeit, die Ihre Artikel nachgerade angenommen, unter die Vorläufer der jetzigen Ausfälle gegen uns verschoben. — E. M. und Kollegen in Leipzig: Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. — S. in Hamburg: Dieser Paragraph läßt eine Verschiebung bewußter Angelegenheit nach oben und unten zu, nur muß das Uebereinkommen, also die Verständigung zwischen Prinzipal und Gehilfen, vorausgegangen sein. — X. 100: Das ist zulässig; es müssen aber die Schmelzleffel mit gut ziehenden, ins Freie oder in einen Schornstein mündenden Abzugsvorrichtungen für entstehende Dämpfe überdeckt sein.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 5, III.

Magdeburg. Der Seher Kurt Kaiser aus Niesä (Hpb.-Nr. 49235) wird erucht, seine Adresse an Ad. Reimert, Gr. Mühlenstraße 1a, gelangen zu lassen, widrigenfalls Ausschluß erfolgt.

— (Maschinenfabrikvereinigung Gau An der Saale. Vorort Magdeburg.) Der Vorstand für das nächste Geschäftsjahr setzt sich wie folgt zusammen: Wilh. Winter, Magdeburg-N., Agnetenstraße 21, Vorsitzender; Otto Wurll, Magdeburg-Wilhelmsstadt, Wielandstraße 33 b, I, Kassierer; Wilh. Buchmann, Schriftführer.

Meiße. Im Auftrage des jetzigen Aufsichtes des Druckers August Bögel aus Einhausen (zulezt in Galmnau i. Schl.) erucht die Herren Verbandsfunktionäre höflichst Gg. Boywod, Czernmannstraße 2.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Niesä leben der Drucker Wilh. Sierau, geb. in Niesäleben 1886, ausgl. daj. 1904; war noch nicht Mitglied. — H. Kruse in Halberstadt, H. d. Münze 17.

In Berlin die Seher 1. Max Väcker, geb. in Berlin 1873, ausgl. daj. 1892; 2. Paul Walinski, geb. in Berlin 1882, ausgl. daj. 1901; 3. Max Baumann, geb. in Berlin 1884, ausgl. daj. 1903; 4. Wilhelm

Beccard, geb. in Berlin 1876, ausgl. in Eberswalde 1894; 5. Karl Bialke, geb. in Posen 1870, ausgl. in Berlin 1889; 6. Max Bod, geb. in Berlin 1881, ausgl. daj. 1900; 7. Hermann Carius, geb. in Berlin 1865, ausgl. daj. 1884; 8. Reinhold Festge, geb. in Wilmersdorf 1882, ausgl. in Mülhhausen 1901; 9. Eduard Gottschlich, geb. in Friedevost 1888, ausgl. in Gr.-Mogau 1877; 10. Robert Grundmann, geb. in Berlin 1840, ausgl. daj. 1889; 11. Willy Seziornay, geb. in Berlin 1883, ausgl. in Köpenick 1900; 12. Otto Kleiner, geb. in Bittel 1884, ausgl. in Brieg 1902; 13. Felix Lenz, geb. in Berlin 1880, ausgl. daj. 1898; 14. Oskar Liepfert, geb. in Berlin 1883, ausgl. in Pärchim 1901; 15. Hugo Moldt, geb. in Gutzlow 1883, ausgl. in Demmin 1901; 16. Max Müller, geb. in Berlin 1880, ausgl. daj. 1900; 17. Michael Dettinger, geb. in Kronach 1879, ausgl. daj. 1896; 18. Alf. Dikzewski, geb. in Nhein (Sippe) 1853, ausgl. in Sensburg 1872; 19. Erich Paul, geb. in Berlin 1880, ausgl. in Fürstentwale 1899; 20. Rudolf Peterjen, geb. in Berlin 1884, ausgl. in Gr.-Lichterfelde 1901; 21. Otto Pohl, geb. in Berlin 1871, ausgl. daj. 1890; 22. Wilh. Rehdanz, geb. in Berlin 1880, ausgl. daj. 1898; 23. Friedrich Siebenhüner, geb. in Eisleben 1884, ausgl. daj. 1903; 24. Gust. Schliebener, geb. in Roienthal 1879, ausgl. in Pankow 1900; 25. Ernst Steinhöfel, geb. in Gergach 1882, ausgl. in Berlin 1900; 26. Emil Wolter, geb. in Beshow 1881, ausgl. in Nyriz 1899; 27. Samuel Wjuter, geb. in Berlin 1879, ausgl. daj. 1898; die Drucker 28. Willy Höpfer, geb. in Berlin 1879, ausgl. daj. 1899; 29. Gustav Kroll, geb. in Berlin 1876; 30. Georg Bötzke, geb. in Berlin 1875, ausgl. daj. 1896; 31. der Dieber Max Petke, geb. in Berlin 1884, ausgl. daj. 1903; waren schon Mitglieder. Neuausgelernte 102. — Frz. Stolte in Berlin S 42, Ritterstraße 88, I.

In Eens der Seher Friedrich Bremer, geb. in Altdorf (Kr. Holzminden) 1879, ausgl. in Holzminden 1898; war noch nicht Mitglied. — J. Preuß in Leer i. Dstpr., Kirchstraße 47.

In Konstanz der Seher Alfred Vogel, geb. in Leipzig 1884, ausgl. daj. 1903; war noch nicht Mitglied. — Chr. Bolz in Konstanz, Scheffelstraße 11.

In Dsnabrück die Seher 1. Ludwig Pieper, geb. in Schwede 1882, ausgl. in Bad Effen (Bez. Dsnabrück) 1900; war schon Mitglied; 2. Georg Vietzke, geb. in Weidhausen 1881, ausgl. in Neuenhaus 1900; war noch nicht Mitglied. — H. Sundorf, Suttthauerstraße 99.

Vertreter

[259]

bzw. Wiederverkäufer meiner Artikel (auch der Gutenberg-Broschen u. Nadeln) allerwärts gesucht.

Max Schmitz, Leipzig-R.

Verlags- und Versand-Buchhandlung
Photographische Kunst- und Reproduktions-Anstalt.

Gesucht für eine Buch- und Zeitungsdruckerie in Mex ein tüchtiger

Korrektor

(gelernter Schriftsetzer), der deutschen und französischen Sprache vollst. mächtig. Werte Offerten mit Gehaltsanspr. u. Zeugnisabschr. unter F. F. 265 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Linotype-Setzer

tüchtiger, mit dem Mechanismus vollständig vertraut, für sofort oder später in selbständige Stellung gesucht. Werte Offerten mit Angabe der Gehaltsansprüche unter Nr. 272 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Tüchtiger Maschinenmeister

für besten Werk- und Katalogdruck gesucht. Werte Offerten mit Angabe des Alters, der bisherigen Tätigkeit und Meinung der Gehaltsansprüche erbeten. [207]

Deutsche Buch- und Kunstdruckerz
Jollen (Marf.).

**Zwei Galvanoplastiker,
ein Präger und Abdecker,
ein Richter** gesucht. W. D. H. u. A. E. 280
a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Leipzig.

Streßf. Altdensfelder, 25 Jahre, sucht als solcher oder auf das Kontor einer Buchdruckerie oder Schriftsetzerei in Leipzig Stelle zum 12. Dezember oder später. Prima-Zeugnisse zu Diensten. Werte Offerten unter Nr. 282 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Junger Schriftsetzer

sucht als Insetzer, Wert- oder Altdensfelder dauernde Beschäftigung. Werte Offerten unter A. 264 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Cellul.-Tonplatten poliert, 27: 63 cm
a 3,50 Mark,
vorrätig im Spezial-Geschäft f. Druckereien von
H. Andresen & Sohn, Hamburg. [882]

Spezial-Offerte! Meyers Kleines
Konversations-Lexikon,
neueste (VL) Aufl., 3 Bde. à 10 Mk., liefert überall
hin franko und ohne Anzahlung, gegen Monatsraten
von 3 Mk. E. Bollz, Berlin NW 5, Birkenstrasse 26.
Bestellscheine zu Diensten. [274]

Verein der Berliner Buchdrucker u. Schriftgiesser.

Montag den 26. Dezember (2. Weihnachtsfeier) in der „Neuen Welt“,
Kassierstraße:

GROSSE MATINEE.

Mitwirkende: Neues Tonkünstler-Orchester, Dirigent F. Solfeldt — Konzert-
sängerinnen Fräul. Katharina Lange (Soprano), Fräul. Ina Gude (Alt) — Kollege Otto
de Roche — Typograph, Chormeister H. Weinbaum.

Anfang 12 Uhr. Eintritt 40 Pf. Garderobe 10 Pf.
Programme sind auf der Verwaltung und bei den Kassierern zu haben. Die Vergnügungskommission.

Verein der Stereotypeure und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend.

Sonntag, 11. Dezember, abends 7 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:

Vereinsversammlung.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.
Die Vorstandssitzung beginnt pünktlich 1/2 5 Uhr. D. D. [270]

Gebrauchs- und Geschenkartikel für Buchdrucker

in unübertroffener Auswahl und in jeder Preislage enthält der im
19. Jahrgange erscheinende, mit über 150 Abbildungen versehene
Graphische Anzeiger. Vor Einkauf von Geschenk-Gegenständen,
technischen Utensilien und Fachschriften verlange man ihn deshalb
stets umsonst und portofrei von der [241]

Graph. Verlags-Anstalt P. Goldschmidt, Halle a. S.

Dresden. Donnerstag den 8. De-
zember, abends 1/2 9 Uhr:
Gaunergesellschaft
im großen Saale des „Volkshauses“ [269]
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Naumburg. P e r s a m l u n g.
Heute Abend:
Offertenbriefe sind ausschließlich an die Ge-
schäftsstelle des Corr. (Konrad
Gigler), Leipzig, Salomonstr. 8, zu senden.
Offertenbriefe ohne Freimarke können nicht be-
fördert werden. Die Geschäftsstelle des Corr.

Todes-Anzeige.

Am 1. Dezember verstarb unser wertler
Kollege

Franz Prenger

im Alter von 68 Jahren an Lungent-
zündung.

Leicht sei ihm die Erde!
Dortmund, 2. Dezember 1904. [273]

Das Personal der „Arbeiterzeitung“.

1 Probemesser umsonst

geben jedem, der unsere Ware noch nicht
kennt und gewillt ist, bei guter Lieferung
von uns zu kaufen. Senden Sie 30 g Brief-
marken (für Porto etc.) ein, so erhalten Sie
ein elegantes Taschenmesser mit 3 prima
Klingen, Heft fein geprägt in Alsilberoxyd,
nebst reichhaltigem Katalog umsonst u. frei.



Saam & Co. Stahlwaren-
fabrik || Foche 155,
Solingen.

Todes-Anzeige.

Am 1. Dezember verstarb unser wertler
Mitglied, der Kollege

Franz Prenger

im Alter von 68 Jahren an Lungent-
zündung.

Ehre seinem Andenken!
Dortmund, 2. Dezember 1904. [268]

Der Ortsverein Dortmund.

Am 30. November verstarb an Herz-
schlag der Setzerinvalide

Wilhelm Meyer

aus Hamburg. [266]

Möge ihm die Erde leicht sein!
Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona.

Richard Härtel, Leipzig-R.

(Inhaberin: Klara verw. Härtel)

Kohlgrabenstrasse 43

liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko.

Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.

Satz des Anarischen von Novizky. Mit kurzer
Anleitung zum korrekten Lesen dieser Sprache.
30 Pf.

Die typogr. Rhythmen. Versuch einer Ge-
schichte der Schriftarten. 1. Heft. Die
verschiedenen nichtalphabetischen Satzbe-
setzungsversuche. Von Höger. 1 Mk.

Stereotypen-Gesetz. Von Jermann. 2 Mk.
Geb. 3 Mk.

Praktische Werte für Maschinenmeister usw.
Von Hof. Schorer. 1 Mk.

Der Faktor. Hilfsbuch für Faktoren. Geb. 1 Mk.